



Schaffung einer Menschenrechtsinstitution für die Schweiz

Stellungnahme vom 30. Juni 2008

Die Schweizer Sektion der Internationalen Juristenkommission hat sich an ihrer Jahrestagung mit der Schaffung einer schweizerischen Menschenrechtsinstitution befasst. Nationale Menschenrechtsinstitutionen entsprechen heute auch in den westeuropäischen Staaten dem Normalstandard. Sie tragen zum präventiven Schutz der Menschenrechte im Innenverhältnis der Staaten bei, eine Dimension, welcher neben der Menschenrechtsaktivität der Staaten nach aussen oft zu wenig Beachtung geschenkt wird. Prävention kann nicht durch gerichtliche Beurteilung geleistet werden, da diese erst während oder nach einer Verletzung von Menschenrechten einsetzt. Umgekehrt trägt der nationale präventive Menschenrechtsschutz dazu bei, Verurteilungen durch übergeordnete Gerichte und internationale Menschenrechtsinstanzen zu vermeiden.

Die Sektion begrüsst die gegenwärtige Intensivierung der schweizerischen Diskussion um die Schaffung einer solchen Institution. Sie hält aber eine vertiefte Abklärung zur optimalen Konzeption und Ausgestaltung einer künftigen schweizerischen Institution für unabdingbar, wenn diese im komplexen Gefüge des schweizerischen Föderalismus Effizienz entwickeln soll. Nationale Menschenrechtsinstitutionen müssen den besonderen institutionellen Verhältnissen in einem Lande Rechnung tragen. In föderalistischen Staaten, in welchen besonders menschenrechtsrelevante Staatsfunktionen wie zum Beispiel das Polizeiwesen weitgehend dezentralisiert sind, muss die Konzeption einer nationalen Menschenrechtsinstitution mit besonderer Vorsicht und institutioneller Sachkenntnis angegangen werden, um sicherzustellen, dass die Institution flächendeckend Prävention anbieten und effizient arbeiten kann. Eine künftige schweizerische Institution muss auch diesbezüglich Vorbildcharakter haben.

Nationale Menschenrechtsinstitutionen sind öffentliche Organe, die unabhängig sind von Rechtssetzung, Rechtsanwendung und der Rechtskontrolle, und welche gegenüber den Organen aller staatlichen Ebenen eine Monitoringfunktion ausüben. Sollte in der Schweiz im Sinne eines Pilotversuchs eine Art Kompetenzzentrum im Rahmen einer bereits bestehenden Institution eingerichtet werden, so muss dieser Versuch zeitlich begrenzt werden. Die Arbeit des Zentrums sollte sorgfältig evaluiert werden. Neben der operativen Tätigkeit muss ein solches Zentrum insbesondere mit der Abklärung der optimalen Konzeption und Ausgestaltung eines künftigen unabhängigen Organs beauftragt werden, wobei dem Aspekt der institutionellen Einbettung im komplexen Gefüge des schweizerischen Föderalismus besonders Rechnung zu tragen ist. Im Weiteren muss eine künftige Menschenrechtsinstitution so konzipiert werden, dass Ressourcen oder Kompetenzen von bereits bestehenden Institutionen nicht tangiert werden, welche schon heute bereichsspezifisch zum präventiven Menschenrechtsschutz beitragen.

Die Konzeption einer künftigen schweizerischen Menschenrechtsinstitution sollte in einem Zeitrahmen von vier Jahren abgeschlossen werden können. Auf der Grundlage des neuen Konzeptes ist eine breite politische Meinungsbildung unerlässlich, weshalb frühzeitig ein entsprechender Diskurs lanciert und durch sorgfältige Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden muss.